

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Bremen und Bremerhaven • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!
Waffenexporte
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

Wohnen wieder bezahlbar machen

Für eine Mietpreiskontrolle, die wirkt. **Seite 5**

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

Gute Gewinne sind möglich

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**

Interview
Seite 3



Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

Gerechtigkeit ist wählbar

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

Hurra, wir sind reich!

Hätten Sie's gewusst? Wir sind reich! In Bremen leben 164 Menschen mit einem Einkommen von über 1 Million Euro im Jahr. Wie viele Leute hier außerdem wohnen, die etwa aus Erbschaften mehr als 1 Million auf dem Konto haben, weiß man nicht genau. Schätzungen zufolge sind es mindestens 10.000. Seit die Bundesregierung 1997 die Vermögenssteuer ausgesetzt hat, müssen Reiche dem Staat nicht mehr sagen, wie reich sie sind. Bekannt ist, dass sich unter den 500 reichsten Deut-

schen einige aus dem Land Bremen finden: darunter Eventim-Besitzer Klaus-Peter Schulenberg, Familie Kurt Zech, die Werftbesitzerfamilie Lürssen, die Kaefer-Eigentümerfamilie Koch, die Vitakraft-Eigentümerfamilie Wührmann, die Bremerhavener Familie Dieckell.



Bildagentur Zoonar GmbH/Shutterstock.com

Dass Reiche auch Vermögenssteuer zahlen sollen, ist keine besonders radikale Idee, sondern im Grundgesetz vorgesehen. Trotzdem wird es nicht gemacht. Nur DIE LINKE setzt sich für die Einführung einer Vermögenssteuer von 5 Prozent ab 1 Million

Euro ein. Bremen und Bremerhaven hätten damit mehrere 100 Millionen Euro mehr Steuereinnahmen im Jahr. Für Schulen, Krankenhäuser, Kitaplätze, Sportplätze, Straßensanierung, Wohnungsbau, Soziales und Kultur. Oder zur Armutsbekämpfung. Denn Bremen hat nicht nur besonders viele Millionäre, sondern auch besonders viele arme Stadtteile und Menschen, die unter dem Existenzminimum leben.

Schwerpunkt Bremen auf den Seiten 5 bis 8



Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

Familien soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

Mieterinnen und Mieter sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

Rentnerinnen und Rentner hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

Studierende sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

DIE LINKE will
 ■ 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
 ■ Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
 ■ mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
 ■ Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

»Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

Sahra Wagenknecht: Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

Wagenknecht: In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

Dietmar Bartsch: Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Worin besteht dieser?

Bartsch: Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

Wie kann das gelingen?

Wagenknecht: Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

Bartsch: Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...

Bartsch: ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

Wagenknecht: Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

Bartsch: Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiterso.«
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

Wagenknecht: Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

Bartsch: Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

Bartsch: Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiterso.

Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

Wagenknecht: DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

Bartsch: Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



Dietmar Bartsch, geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



Sahra Wagenknecht, geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

»Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren. »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist. Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll: Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

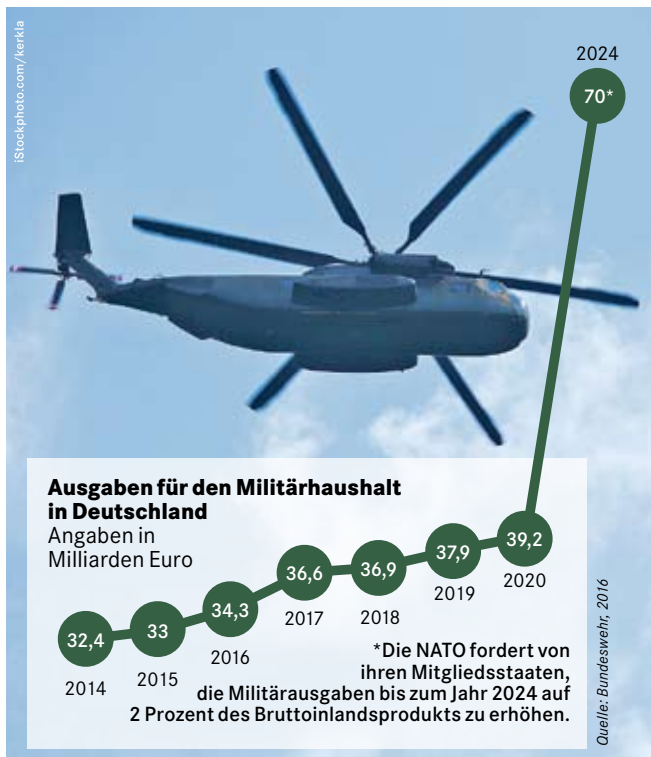
»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

Der Mann wird einfach noch gebraucht. In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

DIE LINKE will
 ■ die EU neu starten:
 mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden. »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.

Wohnen wieder bezahlbar machen!



Eine echte Mietpreisbremse für Bremen

Wohnraum ist zu einem knappen Gut geworden. In Deutschland fehlen aktuell bis zu 1,2 Millionen Wohnungen. Auch in Bremen wird es – selbst für Menschen mit durchschnittlichem Einkommen – immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. **Zwar wird in Bremen derzeit so viel gebaut wie seit Langem nicht, aber langfristig günstiger Wohnraum entsteht dabei kaum.** Zudem wird gleichzeitig sozialer Wohnraum vernichtet: so wie die Schlichtwohnungen in Walle, Oslebshausen und Sebaldsbrück, die seit Kurzem im Besitz der Wohnungsgesellschaft

Vonovia sind. Sie wurden seit Jahren vernachlässigt und sind stark sanierungsbedürftig, aber die verbliebenen Bewohnerinnen und -bewohner leben gerne dort, sind dort verwurzelt. Sie haben selbst einiges investiert, um die Wohnungen besser auszustatten, und sie schätzen den guten sozialen Zusammenhalt in den Siedlungen. Sie wollen bleiben und fordern, dass die Wohnungen modernisiert werden. Stattdessen will die Vonovia jedoch einen Großteil der Gebäude abreißen und durch neue, teurere Wohnungen ersetzen, um höhere Mieteinnahmen zu erzielen.

Auch die Gewoba, mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand, wird immer weiter auf Rendite getrimmt. Durch Mieterhöhungen und Verkäufe wurde der Gewinn deutlich gesteigert – und der fließt dann an die Anteilseigner statt in Investitionen für Wohnraum. Trotz einiger Neubauprojekte hat die Gewoba heute weniger Wohnungen als im vergangenen Jahr. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt verschärft sich zudem durch die auslaufende Mietpreisbindung von Sozialwohnungen, fehlende Regulierung (unter anderem bei Zweckentfremdung als Ferienwohnung)

und eine Mietpreisbremse, die wirkungslos ist. DIE LINKE setzt sich konsequent dafür ein, dass Wohnungspolitik wieder an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet wird. **Bezahlbare Wohnungen müssen in großer Anzahl von Bund und Land finanziert und von Kommunen gebaut werden, um Spekulanten und Miethaien den Boden zu entziehen.** Mieterhöhungen müssen begrenzt, Leerstand und Bodenspekulation müssen bekämpft werden, bei extremen Fällen von Spekulation mit Enteignung. Keine Profite mit der Miete!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – auch im Hafen!

Feste Stellen statt Leiharbeit – gegen sachgrundlose Befristung



Containerumschlagplatz in Bremerhaven

Bremen ist die Hochburg der Leiharbeit. Weniger bekannt ist: Die rot-grüne Landesregierung selbst ist hier der größte Leiharbeitsgeber. Über 4500 Leiharbeitskräfte haben öffentliche Verwaltung und städtische Unternehmen im letzten Jahr beschäftigt. **Jeder zehnte Arbeitsplatz der öffentlichen Hand im Land Bremen ist ein Leiharbeitsplatz.** Der Großteil der öffentlichen Leiharbeit entfällt auf die Schulen und die Häfen. Für Letztere ist die stadteigene BLG Logistics zuständig, die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft. Sie organisiert Containerumschlag, Kfz-Export sowie Lager- und Logistikarbeiten. Leiharbeitsquote: über 50 Prozent. Eine wichtige Errungenschaft in den Häfen war die Gründung der Gesamthafenbetriebe (GHB). Auch sie ent-

leihen Beschäftigte. Die Bedingungen sind jedoch besser als bei den privaten Leiharbeitsfirmen, es gibt Betriebsräte und eigene Tarife. Doch damit ist jetzt Schluss, zumindest für die Logistikabteilung der GHB: Sie wurde im April geschlossen. Die BLG will in diesem Bereich zukünftig nur noch private Leiharbeitsfirmen einsetzen. Für die gilt der Bundesmindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde. Der BLG-Vorstandsvorsitzende verdient 1,4 Millionen Euro im Jahr. Senat und Magistrat erheben keine Einwände. Das mit der Gerechtigkeit hat bei der SPD schließlich noch Zeit. **DIE LINKE will gleichen Lohn für gleiche Arbeit und feste Stellen statt Leiharbeit und sachgrundlose Befristung.** Gerade die öffentliche Hand muss Vorbild guter Arbeit werden.

Mehr Demokratie, nicht weniger!

Am 24. September können Bremerinnen und Bremer nicht nur den Bundestag wählen, sondern auch darüber abstimmen, ob die Bürgerschaft künftig nur alle fünf statt – wie bisher – alle vier Jahre gewählt werden soll. DIE LINKE begrüßt den Volksentscheid. Weil wir die Verlängerung des Wahlzeitraums ablehnen, werben wir dafür, mit Nein zu stimmen. Seltener wählen heißt weniger Kontrolle und weniger Einfluss der Bürgerinnen und Bürger – und am Ende weniger Demokratie. Die Dauer der Legislaturperiode zu verlängern, ist auch angesichts einer stark verbreiteten Wahl- und Parteienmüdigkeit das falsche Signal.



Mitglied werden – DIE LINKE braucht Dich!

Linke Politik passiert nicht von allein. Um erfolgreich gegen soziale Spaltung, Rassismus und Abschiebung zu kämpfen, Solidarität mit Arbeitskämpfen vom Hafen bis zu den Krankenhäusern zu organisieren und für bezahlbares Wohnen zu streiten, wollen wir auch in Bremen und Bremerhaven noch mehr werden. Konkret: Wir brauchen dich! Du kannst diese Zeit in deiner Nachbarschaft verteilen, unsere Wahlkampfveranstaltungen besuchen und am liebsten: Mitglied werden und dich einmischen. Kontakt: www.dielinke-bremen.de

Mobilität muss soziales Grundrecht werden!

DIE LINKE will den öffentlichen Nahverkehr massiv ausbauen

Mobilität ist eine Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. DIE LINKE will deshalb den ÖPNV massiv ausbauen und gleichzeitig bezahlbar für alle machen. Linienschließungen, Verlängerung der Taktzeit, schlechtere Erreichbarkeit und eine weitere Verteuerung der Tickets lehnen wir ab. Quartiere am Stadtrand müssen besser angebunden werden. **Wir brauchen sozial gerechte Preise für Menschen mit geringem Einkommen, für Arbeitslose, Schülerinnen und Schüler sowie Azubis und auch für Ältere.** Wenn das Schülerticket in Bremen monatlich 46,50 Euro

kostet (in Bremerhaven: 39,40 Euro), ist das definitiv zu viel! Und in Bremerhaven gibt es noch nicht einmal ein vergünstigtes Ticket für Menschen, die von Hartz IV oder Sozialhilfe leben müssen. Die Bremer Straßenbahn Aktiengesellschaft (BSAG) finanziert sich nicht bloß aus Tickets. Etwa ein Drittel der Einnahmen stammen aus dem Steuerhaushalt der Stadt. Allerdings: Dieser Anteil wird stetig gesenkt, Kürzungspolitik und »Schuldenbremse« verschlechtern in Bremen und Bremerhaven auch den ÖPNV. Die Kürzungen beim Steuerzuschuss müssen die Verkehrsbetriebe seit Jahren durch Preis-

steigerungen bei den Tickets oder durch eine Verschlechterung des Angebots ausgleichen. **Wir fordern ein Umdenken auch beim »Schwarzfahren«.** Wer heute mit einem Auto eine Feuerwehrezufahrt blockiert, muss ein Bußgeld von 35 Euro zahlen (Ordnungswidrigkeit) – wer ohne Ticket in Bus oder Bahn fährt, zahlt 60 Euro, wird angezeigt und sogar vor Gericht gestellt. Diese Praxis ist unverhältnismäßig und bedeutet unnötigen Aufwand für Polizei und Justiz. Unser Ziel ist ein öffentlicher Nahverkehr, der für die Nutzerinnen und Nutzer langfristig kostenlos ist und, ebenso wie

Schulen und Straßen, öffentlich organisiert und finanziert wird. Bremen könnte mit diesem Projekt der ökologischen Verkehrs-

wende eine Vorreiterrolle einnehmen – und Mobilität als Teil der sozialen Gleichberechtigung stärken.



Für viele zu teuer: Fahrten mit Bus und Bahn

Darum DIE LINKE wählen



Wir brauchen eine gerechte Sozialversicherung!

Es wird Zeit, dass ein Politikwechsel stattfindet. Mit den großen Parteien, die seit Jahrzehnten am Ruder sind, wird sich nichts ändern. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Und wer einmal abgehängt ist, wird nur unter größten Schwierigkeiten wieder Anschluss finden. Gerade für uns kleine Selbstständige ist es wirklich wichtig, eine Partei zu haben, die wieder eine gerechte Sozialversicherung im Lande schaffen will. Eine, bei der auch Kleinunternehmer in die sozialen Systeme zu leistbaren Bedingungen eingebunden werden. Denn als privat Versicherte sind unsere Beiträge zur Krankenversicherung derzeit so hoch, dass wir an Altersvorsorge gar nicht denken können. **Monika & Matthias Rauch sind Neumitglieder der LINKEN und selbstständige Gastronomen.**



Hopp, hopp, hopp – Mietpreisstopp!

Immer mehr Menschen sind von Wohnungsnot und Mietsteigerungen betroffen. Die Zahl der Wohnungslosen nimmt zu. Singles und Familien stöhnen

über Mieterhöhungen. Durch »Luxussanierung« werden Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnungen verdrängt. Paare, die eine Familie gründen wollen, finden nur schwer eine bezahlbare Wohnung. Wohnen ist ein Menschenrecht – aber eben auch eine Ware, mit der Rendite gemacht wird. Deshalb engagieren wir uns mit Aktionen und praktischer Hilfe für bezahlbare Wohnungen für alle! Dadurch ist einiges in der Politik angeschoben worden – aber das reicht bei Weitem nicht. Wir brauchen dringend 5 000 Wohnungen zu *bezahlbaren* Mieten (5,50 Euro bis 6,50 Euro pro Quadratmeter). Wir fordern: Bremen stoppt den Verkauf der noch vorhandenen städtischen Flächen an Investoren und Spekulanten – und baut selbst oder durch die städtische Gewoba! Länger als ein Jahr leer stehende Gebäude müssen für Wohnzwecke beschlagnahmt werden! Wirksame Maßnahmen gegen Mietpreistreiberi! **Joachim Barloschky ist Sprecher des Aktionsbündnisses Menschenrecht auf Wohnen.**

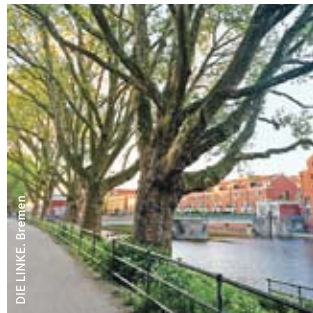


Kooperationsverbot aufheben, Bildung besser ausstatten

Das Bundesland Bremen gibt pro Schüler deutlich weniger Geld aus als vergleichbare Bundesländer. Der Putz bröckelt, Schulklos sind nicht saniert und an allen Ecken und Enden fehlt das Personal. Insbesondere die Inklusion ist weit unter dem Bedarf ausgestattet. Das wird sich nur ändern, wenn der Bund sich wieder an der Finanzierung von Bildungsaufgaben beteiligen darf. Dafür muss das

Kooperationsverbot im Grundgesetz aufgehoben werden, wie es DIE LINKE schon seit Jahren fordert. Es reicht nicht, wenn die SPD auf einmal im Wahlkampf erklärt, dass zusätzliche Bildungsausgaben nötig sind. Mehr Geld für Bildung wird es nur durch starken und permanenten Druck von links in den Landesparlamenten und im Bundestag geben. Dafür stehen wir und deswegen gilt: Am 24. September DIE LINKE wählen!

Kristina Vogt ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft.



Platanen erhalten!

»Hochwasserschutz – das geht auch mit Platanen!«, so die Bürgerinitiative Platanen am Deich. DIE LINKE fordert ebenfalls, dass die Platanen am Neustädter Deich erhalten bleiben. Die Bäume prägen das Stadtbild, filtern die Luft, beherbergen Fledermäuse und wirken als Lärmschutz. Neupflanzungen bräuchten Jahrzehnte, um annähernde Wirkung zu haben. Die Neustadt kann auf eine sechs Meter breite Promenade gut verzichten. Die Platanen sind für die Bürgerinnen und Bürger zur Erholung wichtiger als eine »zweite Schlachtext«. Sollten die Bäume tatsächlich an Massaria erkrankt sein, müssen sie nach wissenschaftlichen Erkenntnissen deswegen nicht gefällt werden. Ältere Bäume brauchen vor allem mehr Pflege und daher mehr Geld. Daran darf es nicht scheitern! **Infos zur Bürgerinitiative Platanen am Deich hier: bi-platanen-am-deich.jimdo.com.**



Mehr Personal im Pflegebereich!

Wir freuen uns über die breite Unterstützung bei der Umsetzung einer tariflichen Mindestschichtbesetzung im Pflegebereich. Gut qualifizierte Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger dürfen nicht weiter durch ständig wechselndes Leiharbeitspersonal ersetzt werden. Die Gewerkschaft ver.di vertritt den Slogan »Mehr von uns ist gut für alle«. Dafür müssen wir uns gemeinsam einsetzen. **Roman Fabian ist Betriebsvorsitzender des Klinikums Links der Weser.**



Inklusion ist Menschenrecht!

Insbesondere in Bildung und Schule wird die Inklusion oft zur Diskussion gestellt. Eltern und Lehrkräfte fordern sogar ein Ende oder eine Unterbrechung der Inklusion. Die Kritik an schlechten Lehr- und Lernbedingungen, die inklusives Arbeiten fast unmöglich machen, ist notwendig. Inklusion ist jedoch die volle und wirksame Teilhabe an Gesellschaft und Einbeziehung aller Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft. Hier Abstriche zu machen würde bedeuten, viele Menschen

auszugrenzen und ihnen Lebenschancen zu nehmen. Vielmehr bedarf es guter Arbeits-, Lern- und Lebensbedingungen für alle Menschen. Deshalb muss unsere Gesellschaft immer inklusiver werden. Teilhabe ist ein Menschenrecht und darf nicht unter Kostenvorbehalt stehen.

Florian Grams war Präsident des Bremer Behindertenparlaments.



Kein Friede dem Patriarchat!

Frauen werden im Schnitt schlechter bezahlt als Männer, sind weniger in einflussreichen Positionen vertreten und arbeiten öfter im gesellschaftlich sehr wichtigen, aber trotzdem unterbezahlten Care-Bereich (vor allem Pflege und Gesundheit). Frauen sind deutlich öfter von sexualisierter Gewalt betroffen. Alleinerziehende sind zu 90 Prozent weiblich. Wir fordern mehr Schutz für Schwule, Lesben und Trans*personen: Viele leiden unter enormem psychischem Druck durch Diskriminierung und Ausgrenzung, weil sie den Bruch mit der Norm wagen. Wir von der linksjugend [solid] setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gleichberechtigt sind und niemand wegen seiner oder ihrer sexuellen Orientierung oder Identität diskriminiert wird! **linksjugend [solid] ist ein parteinaher Jugendverband für aktive Linke (mit oder ohne Parteimitgliedschaft) unter 35 Jahren.**

Mehr Infos unter: www.solid-hb.de

»Viele haben genug von all dem Druck«

Doris Achelwilm setzt sich mit der LINKEN für einen Gegenentwurf zur Armutspolitik der Bundesregierung ein. Ihre Ziele sind Umverteilung und ein gutes Leben für alle.



Kämpft für andere Verhältnisse: Doris Achelwilm

Cosima Hanebeck

Frau Achelwilm, Sie sind Spitzenkandidatin der LINKEN Bremen zur Bundestagswahl 2017. Für die Leserinnen und Leser bitte ein paar einleitende Sätze zur Person!

Vor zehn Jahren bin ich der LINKEN wegen von Hannover nach Bremen gekommen. Seitdem habe ich mich sehr mit die-

ser Partei und diesem Bundesland angefreundet: Mir gefällt es, hier kontinuierlich um linke Positionen zu ringen und diese in der Öffentlichkeit nach vorne zu bringen. Die besten Momente sind, wenn man Aktionen hinbekommt, die von Überzeugungskraft, Energie, breiter Resonanz und verschiedenen Akteurinnen

und Akteuren getragen sind. Beruflich arbeite ich seit Ende 2007 als Pressesprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft. Seitdem bin ich auch ehrenamtlich in der LINKEN aktiv: erst im Kreisverband Mitte-Ost und inhaltlichen Arbeitsgruppen, unter anderem zu Wohnungspolitik, seit 2013 als Landesvorsitzende. Ich kandidiere für den Bundestag, weil ich politische Initiativen auf anderer Ebene durchsetzen will. Im Wahlkampf wird es darum gehen, mehr Menschen zu erreichen, Mut zur Veränderung zu machen und Mehrheiten für bessere Verhältnisse zu mobilisieren. Nötig ist es allemal.

Auf welche Fragen wollen die Menschen dringend Antworten?

Viele haben genug von der Unsicherheit und dem Druck, dauernd Abstriche machen zu sollen: beim Gehalt oder den Jobaussichten, bei der Rente, bei Bildung, Wohnungssuche, dem

Wunsch-Kitaplatz, bei Mobilität, Gesundheitsversorgung oder auch einfach der freien Zeit für sich. Es reicht langsam mit der Ansage, sich noch mehr anstrengen oder durchbeißen zu sollen, während die Wirtschaft wächst und Chefetagen maßlose Vermögen anhäufen. Wenn ein reiches Land diese Auswüchse von Kinderarmut duldet und dank der Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der letzten 15 Jahre auf eine krasse Altersarmut zusteuert, hat Regierungspolitik versagt. Es braucht einen Gegenentwurf, um Gerhard Schröders Agenda 2010 und Angela Merkels Austeritätskurs umzukehren und eine solidarische Gesellschaft aufzubauen.

Sie kennen die Bremer Politik seit Jahren. Was nehmen Sie davon mit nach Berlin?

Als Bremerin sehe ich täglich die Härten sozialer Ungleichheit, und dass sie auch politisch gemacht sind. Diese Spaltungs-

politik muss auf Bundes- und Landesebene bekämpft werden. Außerdem nehme ich mit: Bodenhaftung, parlamentarische Kenntnisse, verlässliche Kontakte hier vor Ort.

Am 24. September wird gewählt. Was ist Ihr erstes Ziel für die Zeit danach?

Erstes Ziel ist natürlich, das LINKE-Bundestagsmandat für Bremen und Bremerhaven zu verteidigen. Unser Bundesland weist die höchste Millionärsquote und die härtesten Armutsstatistiken auf, Jahre neoliberaler Politik haben dazu beigetragen. Die Armen werden ärmer, damit die Reichen reicher werden. Diese Logik werde ich auf allen Ebenen angreifen – für mehr Solidarität und Gerechtigkeit. Die Ungleichverteilung wurde uns im Übrigen nicht durch Geflüchtete eingebracht, die aus Elendslagen zu uns kommen. Auch gegen rechts-populistische Thesen werde ich mich mit aller Kraft stellen.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der Landesliste



Cosima Hanebeck

Doris Achelwilm
Spitzenkandidatin für Bremen und Bremerhaven
Listenplatz 1

Ich bin Doris Achelwilm, 40, wohne in Walle, habe einen Abschluss als Sprachwissenschaftlerin und beschäftige mich neben der Politik mit Musik und der Parzelle in Findorff. Mein Lieblingsplatz ist an der Seite sozialer Kämpfe. Dringlichste Aufgabe: die Umverteilung von massivem Reichtum. Auch die Daumenschraube Hartz IV hat viel Schaden angerichtet und gehört durch eine stabile Existenzsicherung ersetzt. Politik muss sich mehr um Menschlichkeit, Ressourcenschonung und den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen drehen. Es gibt viel nachzuholen. Lasst uns jetzt damit anfangen.



DBT/von Saldern

Birgit Menz
Listenplatz 2

Ich bin Birgit Menz, Jahrgang 1962 und seit 20 Jahren in Bremen, 16 Jahre Mitarbeit im Beirat Östliche Vorstadt, seit März 2015 Abgeordnete im Deutschen Bundestag für DIE LINKE. Ich trete wieder an, um meine Arbeit für Tier- und Umweltschutz und im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltigkeit fortzusetzen. Mein Ziel ist der sozialökologische Umbau für eine nachhaltige Entwicklung national und international. Wirtschaft muss wieder dem Gemeinwohl dienen. Wer Menschenrechtsverletzungen begeht und Umweltzerstörungen verursacht, muss sich dafür verantworten müssen. Das Verursacherprinzip muss in unserem Wirtschaftssystem durchgesetzt werden.



Frank Scheffka

Kyra Behrje
Listenplatz 3

Mein Name ist Kyra Behrje, ich bin 31 Jahre alt, Verwaltungsbeamtin und lebe in Bremen-Nord. Der Wunsch nach einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaft hat mich schon früh dazu gebracht, gegen Faschisten Partei zu ergreifen. Wichtige Themen, die ich mit meiner Kandidatur angehen werde, sind eine bessere Gesundheitsversorgung, angstfreie Sicherheitspolitik, bezahlbarer Wohnraum, soziale Arbeitspolitik und eine Rente, die zum Leben reicht. Ich will eine mutige Politik, die die Bedürfnisse der Menschen zum Ziel hat.



Frank Scheffka

Mazlum Koc
Listenplatz 4

Ich heiße Mazlum Koc, bin 27 Jahre alt, Politikmanagement-Student an der Hochschule

Bremen, Mitglied im Beirat Woltmershausen, Ortsverbandssprecher der LINKEN und Flüchtlingsbetreuer bei der AWO Bremen. Ich setze mich dafür ein, die Integrationsfrage neu zu formulieren: Integrationspolitik darf sich nicht auf Assimilation oder gar Ausgrenzung konzentrieren. Wir müssen unsere Kulturen zusammenbringen und eine Gesellschaft aufbauen, in der jeder und jede sich wohlfühlt. Hierfür braucht es nicht nur finanzielle und rechtliche Voraussetzungen, sondern auch wissenschaftliche Begleitung. Und eine Bildungspolitik, die interkultureller und emanzipatorischer wird!



Frank Scheffka

Ramona Seeger
Listenplatz 5

Moin! Ich bin Mona, 29, und wohne in der Bremer Neustadt. Nach längeren Aufenthalten in Bayern und Bolivien hat es mich vor fünf Jahren wieder in meine Heimatstadt verschlagen. Hier habe ich dieses Jahr mit dem Referendariat für die Fächer Deutsch und Politik begonnen. Während meiner Studienzeit war ich im Studierendenverband DIE LINKE. SDS aktiv. Daneben habe ich mich hochschulpolitisch an der Bremer Universität engagiert,

wo ich AStA-Referentin war und eine Studiengangvertretung (StugA) gegründet habe. Als angehende Lehrerin bleibt Bildungspolitik für mich ein Herzenssthema. Ich kämpfe für ausreichend finanzierte, bundeswehreffreie Schulen, in denen Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern kein Fremdwort ist.



Frank Scheffka

Helmut Kersting
Listenplatz 6

Mein Interesse an Politik wurde in der Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung geweckt. Mit dem Wunsch, mich aktiv mit linken Positionen auseinanderzusetzen, trat ich 1994 in die PDS ein. Heute bin ich Fraktionssprecher der LINKEN im Beirat Östliche Vorstadt Bremen (Kommunalparlament). Schwerpunktartig verfolge ich hier das Thema »Nachhaltige Mobilität«. DIE LINKE setzt sich für den längst überfälligen ökologischen Umbau der Gesellschaft ein: Dieser Themenkomplex durchzieht mein politisches Leben und wird es auch zukünftig bestimmen. Ohne ökologisch nachhaltiges Handeln ist soziale Gerechtigkeit meines Erachtens nicht möglich. Übrigens, ich bin 58 Jahre alt und verheiratet.



Für zivile Alternativen streiten!

Airbus, OHB, Rheinmetall, Lürsen – die Liste bedeutender Rüstungskonzerne in Bremen ist lang. Militärische Satellitenauflösung, der Militärtransporter A400 M, Drohnen, Fregatten – die Bandbreite der Bremer Rüstungsproduktion ist groß. Mehr als 5 000 Menschen sind in diesem Bereich beschäftigt, die Umsätze bewegen sich im Milliardenbereich. **Die Verbindungen zwischen Managern und Managern der Rüstungshersteller und der Politik sind häufig eng.** Da werden ehemalige Bundesminister schnell mal zu Lobbyisten für deutsche Panzerhersteller. Produziert wird nicht nur für die Bundeswehr, sondern auch für ausländische Armeen. Waffen werden exportiert, etwa in

die Türkei, nach Algerien oder Saudi-Arabien. Wer sich für eine friedliche Außenpolitik einsetzt, muss auch hier ansetzen.

Die Bremer LINKE fordert ein Verbot von Waffenexporten, insbesondere in diktatorische Staaten, und ein Landeskonversionsprogramm, um gemeinsam mit den Beschäftigten der betroffenen Unternehmen Vorschläge für eine veränderte, zivile Produktion zu erarbeiten. Zudem stellen wir uns gegen Subventionen an Rüstungsunternehmen. Auch damit es nicht länger heißt: »Bei der Rüstung seid ihr fix, für die Bildung habt ihr nix!« DIE LINKE ist auch im Bundestag die einzige konsequente Friedenspartei und fordert ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

»Bremerhaven ist auch Bundesthema«

Wichtiger Beitrag für die Energiewende

Seit der Bürgerschaftswahl im Jahr 2015 bin ich für DIE LINKE in der Bürgerschaft der einzige Bremerhavener Abgeordnete. Bremerhaven hält den traurigen Rekord bei der Armutsquote. Wir haben uns daher für einen höheren Landesmindestlohn eingesetzt, einen Antrag zur Kindergrundsicherung eingebracht

Sache Bremerhavens einsetzen zu können. Bremerhaven hat aber auch eine andere Seite: Als bedeutender Standort für die Windenergiebranche leistet die Stadt einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Leider haben bundespolitische Fehlentscheidungen der letzten Jahre zu einer Absenkung der Ausbauziele geführt und der Branche nachhaltig geschadet. Als Politiker aus Bremerhaven bedauere ich die Insolvenzen ansässiger Unternehmen und den Verlust von Arbeitsplätzen. **Als Umweltpolitiker halte ich das Festhalten an der Verstromung von fossilen Brennstoffen wie Kohle für ein ökologisches Desaster.** Aus diesen Gründen muss in Berlin gerade aus Bremerhaven Druck gemacht werden: für eine konsequente Förderung erneuerbarer Energien, die auf gute Arbeit statt auf Leiharbeit setzt!

und konkrete Projekte für Alteinziehende vorgeschlagen. Unsere Forderungen scheiterten immer an der rot-grünen Sparpolitik. Armut zu bekämpfen heißt aber nicht, öffentliche Ausgaben zu senken, sondern gesellschaftlichen Reichtum umzuverteilen. Ohne eine tiefgreifende Steuerreform auf Bundesebene und eine gezielte Förderung von Kindern und Familien werden wir Armut langfristig nicht bekämpfen können. Viele Stellschrauben können nur in Berlin nachjustiert werden, weil dort viele Gesetze entstehen. Deshalb bewerbe ich mich um ein Bundestagsmandat, um mich im Parlament für die

und den Verlust von Arbeitsplätzen. **Als Umweltpolitiker halte ich das Festhalten an der Verstromung von fossilen Brennstoffen wie Kohle für ein ökologisches Desaster.** Aus diesen Gründen muss in Berlin gerade aus Bremerhaven Druck gemacht werden: für eine konsequente Förderung erneuerbarer Energien, die auf gute Arbeit statt auf Leiharbeit setzt!



Nelson Janßen Direktkandidat für den Wahlkreis Bremen II – Bremerhaven

Ich bin politisch aktiv, um für eine soziale Gesellschaft und gegen die bestehenden Ungerechtigkeiten zu kämpfen. Ich wohne in Bremerhaven-Lehe und kenne den ärmsten Stadtteil Deutschlands gut. Armutsbekämpfung ist für mich daher das oberste Ziel meiner politischen Arbeit. Als Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft bin ich außerdem im Bereich Umweltpolitik aktiv und leite den Untersuchungsausschuss Sozialbetrugsverdacht als Vorsitzender. Ich studiere an der Universität Bremen, bin 26 Jahre alt und möchte auch jungen Menschen eine Stimme geben.

Warum Sozialismus?

Eine andere Gesellschaft ist möglich

Die Welt gerät immer weiter aus den Fugen. Umweltzerstörung, Krisen, Kriege, Millionen auf der Flucht. Und während der technische Fortschritt dafür sorgt, dass immer größerer Reichtum für wenige geschaffen wird, müssen sich immer mehr Menschen mit unsicheren Jobperspektiven, Leiharbeit und Niedriglohn rum-schlagen. Mittlerweile besitzen die acht reichsten Menschen der Welt mehr als die ärmeren 50 Prozent der Weltbevölkerung. Und hier, in Deutschland, haben wir die Wahl zwischen Neoliberalen, Konservativen, neoliberalen Konservativen – oder auch rassistischen Neoliberalen. Grundlegende Veränderung will fast keiner, den Kapitalismus finden eigentlich alle ganz gut. Nur DIE LINKE hat eine Vorstellung davon, dass die Gesellschaft auch grundsätzlich anders aussehen kann. Eine Idee, für die es sich zu kämpfen lohnt: **Die Macht der Banken und Konzerne kann gebrochen werden.** Der enorme Reichtum der Gesellschaft sollte allen gehören. Nicht mehr der Profit soll über die Wirtschaft herrschen, sondern die arbeitenden Menschen sollen es selbst tun, direkt und demokratisch. Das nennen wir: Sozialismus.



Sebastian Rave Direktkandidat für den Wahlkreis Bremen I

Ich bin Sebastian Rave, 35 Jahre alt, und arbeite als prekär-selbstständiger Mediengestalter. Aktivist bin ich, seit ich 2001 an meiner Schule in Walle Proteste gegen den Krieg in Afghanistan organisiert habe. Ob Krieg, Umweltzerstörung, Armut, schlechte Arbeitsbedingungen oder Rassismus: Ich glaube, dass viele der aktuellen gesellschaftlichen Probleme mit dem Kapitalismus zusammenhängen. Um Veränderungen durchzusetzen, müssen wir uns organisieren und kämpfen. Denn eine bessere Welt wird uns nicht geschenkt, wir müssen sie uns holen!



Für die Betreuung müssen bessere Standards geschaffen werden

»Gegen die Wand...« – so könnte das Motto des Bremer Senats beim Kitausbau lauten. Wer in diesen Tagen eine Familie gründet, braucht starke Nerven und viel Optimismus – angesichts eines Kitaplatzmangels, der bundesweit grassiert, in Bremen aber besondere Auswüchse annimmt.

Bundesweit fehlten im Jahr 2016 rund 290 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. **In der Stadt Bremen klaffte in der Kindertagesbetreuung zum 1. Januar 2017 ein Loch von mehr als 1 700 Plätzen, in Bremerhaven fehlen 500 Plätze.** Nachdem der Senat jahrelang den Kitausbau aus Spargründen verschleppt hat, fehlt es nun an allem. Den Mangel an Gebäuden versucht man durch das Aufstellen von Containern in den Griff zu kriegen. Außen- und Spielflächen bestehender Kitas müssen dafür teilweise weichen. Zu den baulichen Problemen gesellen sich

personelle: Woher kommt so schnell das benötigte Fachpersonal? Erzieherinnen und Erzieher sind Mangelware, auch dies ist Ergebnis einer Politik, die nur zögernd die Ausbildungskapazitäten erhöht.

Wo bereits Gebäude und Personal fehlen, da lässt sich auch an der Betreuungsqualität sparen, scheint sich die Bremer Regierung gedacht zu haben und verkündete als nächsten Schritt die Vergrößerung der Kitagruppen. Und das, wo das pädagogische Personal schon längst an der Belastungsgrenze angekommen ist. So fährt man den Kitausbau gegen die Wand. Den Schaden haben wieder einmal die Kinder, Beschäftigten und Eltern. Um der bundesweiten Kitamisere etwas entgegenzusetzen, fordert DIE LINKE seit Langem ein Kitaqualitätsgesetz. Verlässliche Standards und eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes müssen her. Unser Ziel: Die Gruppen müssen verkleinert,

die Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher muss ausgeweitet und endlich angemessen vergütet werden.

Die pädagogischen Fachkräfte benötigen mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung sowie für Qualifizierung und die Anleitung des pädagogischen Nachwuchses.

Um dies zu erreichen, müssen wir in den Kitas, in den Stadtteilen, in den Parlamenten, auf Beschäftigtenversammlungen und auf der Straße immer wieder zeigen, dass wir nicht lockerlassen. Erfolgreich werden wir sein, wenn ein breites Bündnis aus Eltern, Beschäftigten, Gewerkschaften und LINKEN Druck macht.

Kontakt
DIE LINKE, Bremen
Faulenstraße 75
28195 Bremen
Telefon: 04 21/32 06 66
www.dielinke-bremen.de

Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinele

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

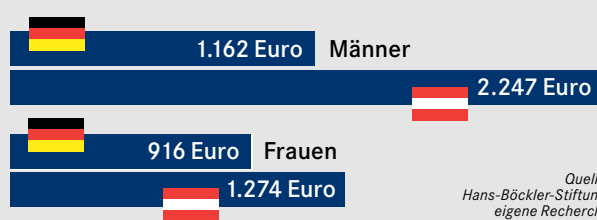
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«
Bernd Riexinger,
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

DIE LINKE will

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«
*Katja Kipping,
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

Politik darf nicht käuflich sein

DIE LINKE fordert ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien

Eine halbe Million Euro überwies der Internetmilliardär Ralph Dommermuth vor wenigen Wochen der CDU als Wahlkampfunterstützung. Auch als Dank dafür, dass Angela Merkel Dommermuth kürzlich in eines ihrer Beratertugenden berufen hat? Das Signal jedenfalls ist klar: Politik kann man kaufen. Wer Geld hat, erhält Zugang zu denen, die entscheiden. Was ist schon eine Wählerstimme am 24. September gegen eine Lobbyistenspende von einer halben Million Euro?

DIE LINKE ist die einzige Partei, die aus Prinzip keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten annimmt. Im Jahr 2015 haben CDU, CSU, SPD und Grüne fast 11 Millionen Euro von Unternehmen und Verbänden erhalten, davon allein die beiden Unionsparteien 8,6 Millionen Euro. Im Bundestagswahljahr 2013 gab es sogar 20 Millionen Euro aus den Zentralen der Konzerne. Diese Gelder schließen einen fairen Wahlkampf faktisch aus. Nicht nur die Verbreitung von falschen Nachrichten (Fake News) und ähnliche Dinge sind ein Problem für Fairness im Wahlkampf, sondern auch die Finanzierung über Unternehmensspenden ist höchst kritisch zu sehen. Für

	DIE LINKE	Grüne	FDP	SPD	CSU	CDU
vbm Bayerische Metall- und Elektro-Industrie	0	165.000	360.000	220.000	2.066.642	0
BMW	0	113.818	418.186	324.225	437.594	797.989
DVAG (Finanzbranche)	0	60.000	343.000	125.000	0	1.563.000
Daimler	0	210.000	170.000	600.000	210.000	600.000
Südwestmetall (u. a. Rüstungsindustrie)	0	390.000	330.000	280.000	0	651.000
VCI Verband der Chemischen Industrie	0	63.500	208.000	269.000	0	459.000
Evonik (Chemieindustrie)	0	0	160.000	360.000	75.000	310.000
Allianz	0	170.001	130.001	170.001	140.001	170.001
Dr. August Oetker KG	0	22.000	55.000	22.000	64.000	606.000
Metall NRW (Metallarbeitsgeberverband)	0	45.000	170.000	120.000	0	395.000
Gesamt	0	1.239.319	2.344.187	2.490.226	2.993.237	5.551.990

Matthias Höhn, Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, ist das eine grundsätzliche Frage: **»Konzernspenden schaden der Demokratie insgesamt.** Wer die Käuflichkeit der Politik nicht beenden will, braucht sich über den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie nicht wundern.« Auch die Grünen nehmen Spenden von Auto- und Versi-

cherungskonzernen an. Selbst bei der Rüstungsindustrie haben sie offensichtlich keine Berührungängste: Von 2011 bis 2015 erhielten sie 390.000 Euro von Südwestmetall. Das ist ein Arbeitgeberverband, in dem etliche Rüstungsfirmen, zum Beispiel auch Heckler & Koch, vertreten sind, die ihre Waffen weltweit in Krisen- und Kriegsgebiete exportieren.

Konzernspenden verzerren den politischen Wettbewerb und machen Politik käuflich. DIE LINKE will dieser Praxis einen Riegel vorschieben. **Spenden von Unternehmen und Lobbyverbänden an Parteien gehören verboten.** Spenden von Privatpersonen wollen wir auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen. Statt sich von Lobbyisten abhängig zu machen, setzt DIE LINKE auch

im Wahlkampf auf das Engagement ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer von »Linksaktiv 2017« und auf viele kleine Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, die die Partei unterstützen. Ziel der Spendenkampagne der LINKEN im Wahljahr sind ebenfalls 500.000 Euro: aber nicht von Herrn Dommermuth, sondern von allen, die sich eine starke LINKE wünschen.

Gute Gewinne sind möglich

DIE LINKE will Gewinne höher besteuern – denn warum sollen Kapitaleinkünfte niedriger besteuert werden als Löhne? Die Gewinne unseres Preisausschreibens allerdings sind steuerfrei – völlig zu Recht, denn sie sind fair gehandelt, ökologisch, einfach schön oder machen klüger.

- 1. Preis:** Fairphone 2: zeichnet sich durch faire Preise aus – für die Produzierenden.
- 2. Preis:** Diamant Fahrrad Topas Villiger: überzeugt mit hochwertigen Details wie der Nexus 8-Gang-Nabenschaltung.
- 3. Preis:** Marx-Figur: Ottmar Hörls Skulptur würdigt den großen Denker.
- 4.–10. Preis:** Linkes Buchpaket



Lösung des Kreuzworträtsels bis zum 1. Oktober an: DIE LINKE, Wahlquartier Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin oder per E-Mail an: wahlquartier@die-linke.de

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt.

Stecken	LINKE-Politikerin (Vorname)	LINKE-Politiker	Beinleid	Laubbaum	Laut	Fläche	Behauptung
	7		Früchte			Waldtier	6
Anrede	Gebäude Imperium (engl.)			Mittel-europäer		13	Abbau von Waffen
	3		bibl. Garten			Tierkadaver	
laot. Fluss				1	8		
				4	2	1	9
Scheibe (engl.)	Internat am Bodensee			2	7	1	3
				9		1	8
				6	7	9	8
				4	7	3	6
Segelstange				5	1	3	6
				4		2	
				1	2	8	4
Gallertmasse	nieder-sächs. Fluss			jamaik. Musikstil	Hirtengott span. Strom	Zorn (lat.)	Schwimmvogel
	14			Hautfalte		Habe	Teil des Mittelmeers
Volks-herrschaft	Lichtbild	Ganove					Nachrichtensatellit
							2
							trop. Kröte
							Näh-zubehör
							jap. Buddhismus
Säugetier	röm. Fußballclub			Programmier-sprache	Weidwerk Nordwest-europäer	Mediziner	
LINKE Kern-kompe-tenz	Pumuckls Meister					Geburtsort von Marx	
							4
						Roman von Zola	
1	2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14		

Gib's uns!

Unterstützen Sie uns mit einer Spende an DIE LINKE Berliner Volksbank eG IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00 BIC: BEVODEBB Kennwort: Spende oder: www.die-linke-spende.de

Die Hürde!

Ob Gipfel, Bundestagswahl oder die alltäglichen Zumutungen des Alltags im Kapitalismus: Wir sind nah dran! Und mit dem Kombi-Miniabo jetzt besonders erschwinglich für Ihre „Erstentscheidung“!

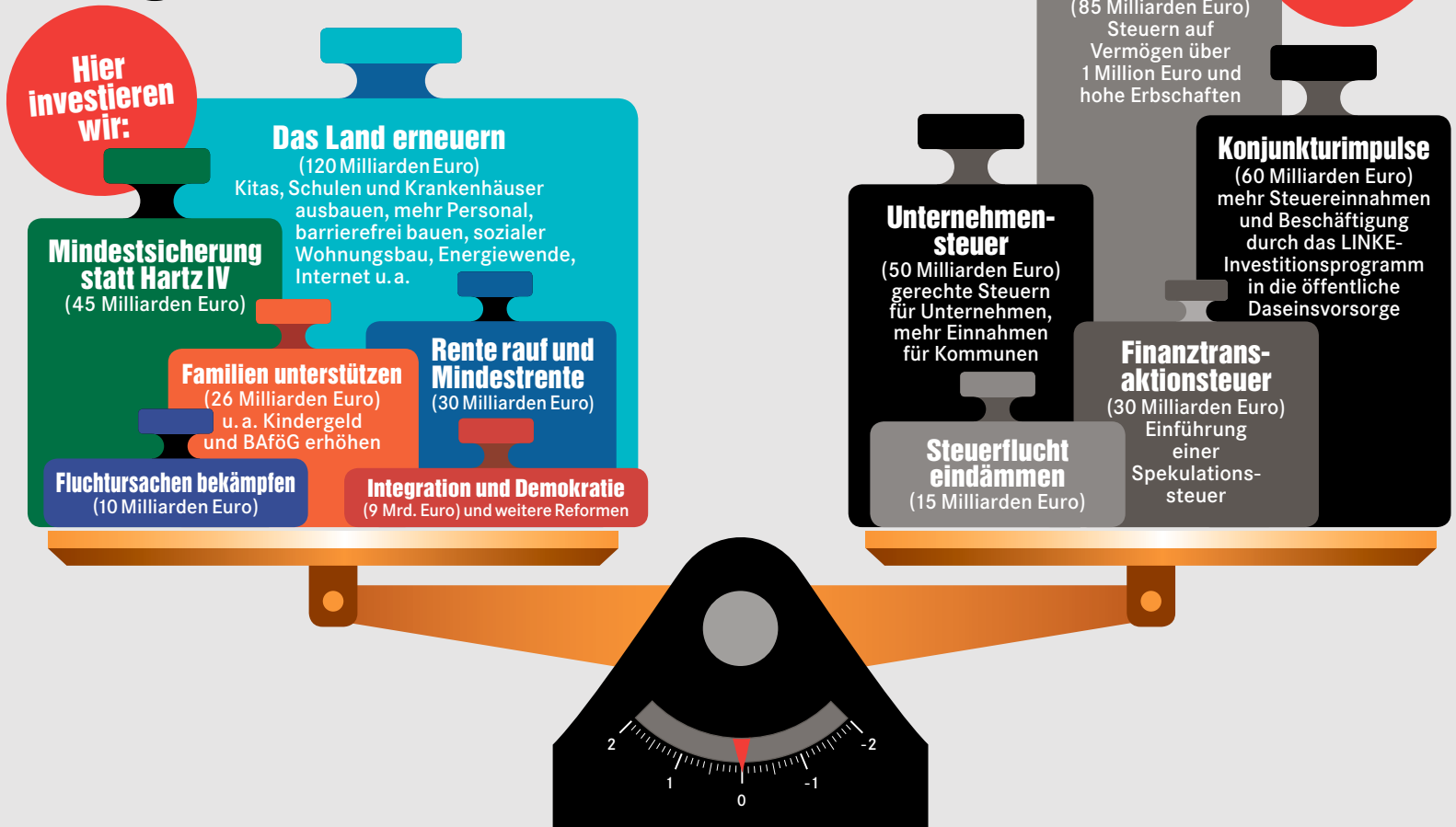
Kombi-Miniabo: 4 Wochen digital + Wochenendausgabe in die Hand für **9,90€**

Tel. (030) 29 78 18 00 neues-deutschland.de/abo



Impressum: Zeitung zur Bundestagswahl 2017, Auflage Bremen und Bremerhaven: 60 000, Redaktionsschluss: 7. Juli 2017, Herausgeberin: DIE LINKE, 030/24 00 99 99, www.die-linke.de V.i.S.d.P. Matthias Höhn, Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Eversfrank Berlin

So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungssteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnssektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



Egreif Partei für eine bessere Zukunft!
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
linksaktiv@die-linke.de
Telefon: 030/24009-111
www.linksaktiv.de